

Nr. 06/2008

Diese Pressemitteilung besteht aus 2 Seiten
25. Februar 2008

Ansprechpartner:

Marcel Speker
Tel.: (0 61 31) 55 75 31
Fax: (0 61 31) 55 75 39
marcel.speker@lvu.de

LVU-Hauptgeschäftsführer Werner Simon:

Politik opfert Arbeitsplätze auf dem Altar der Ideologie

„Die Insolvenz der ersten PIN-Tochter postino in Mainz und der Verlust von rund 100 Arbeitsplätzen machen auf bedrückende Weise die negative Wirkung von Mindestlöhnen deutlich“, erklärt der Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU), Werner Simon. Für Briefzusteller wurde zum Jahreswechsel ein branchenbezogener Mindestlohn auf dem Lohnniveau des einstigen Monopolisten Deutsche Post AG eingeführt. Die Unternehmerverbände haben im Vorfeld immer wieder auf die beschäftigungsfeindliche Wirkung von Mindestlöhnen hingewiesen.

„Dass wir jetzt so bestätigt werden, ist sehr traurig, insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie für deren Familien“, bedauert Simon die Beratungsresistenz der Politik: „Hier wurden Arbeitsplätze auf dem Altar der Ideologie und der scheinbaren Gerechtigkeit ganz bewusst geopfert.“ Niemand könne sagen, mit diesen Auswirkungen habe er nicht rechnen können, da auch die LVU immer wieder auf diese Wirkung von Mindestlöhnen hingewiesen habe. Im konkreten Fall habe der Mindestlohn seine komplette Abschreckungswirkung gegenüber Investoren entfaltet und somit eine Rettung von postino verhindert. In anderen Fällen schlägt das Lohn-Argument betriebswirtschaftlich komplett durch.

„Gerade im geringqualifizierten Bereich gilt, dass ein Arbeitsplatz nicht mehr kosten darf, als er erwirtschaftet. Wer den Mindestlohn zu hoch ansetzt, nimmt in Kauf, dass unrentable Arbeitsplätze abgeschafft werden – im Extremfall bis zur gesamten Aufgabe des Unternehmens, wie nun geschehen“, so der LVU-Hauptgeschäftsführer. Er appelliert daher an die Große Koalition in Berlin, künftig mehr Sorgfalt bei der Auswahl von Branchenmindestlöhnen walten zu lassen. Keinesfalls dürfe es mehr passieren, dass die Politik – quasi auf Zuruf eines Konkurrenten – andere

Herausgeber:

LVU - Landesvereinigung
Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz

Hindenburgstraße 32
55118 Mainz
www.lvu.de

Postfach 29 66
55019 Mainz
contact@lvu.de

Wettbewerber über einen Staatslohn aus dem Rennen kegele.

Die Rechtfertigungsversuche aus der Politik, man wolle nicht zulassen, dass Menschen zu diesem Lohn arbeiten müssten, kann Werner Simon nicht nachvollziehen: „Dass die Menschenwürde an der Differenz von einem Euro-Stundenlohn festgemacht werden soll, halte ich für eine weltfremde Argumentation. Es ist in jedem Fall würdevoller für sein Einkommen zu arbeiten, als es vom Staat fürs Nichtstun überwiesen zu bekommen. Dass ausgerechnet der Staat diesen Menschen nun das Arbeiten verbietet ist ein Treppenwitz.“

Herausgeber:

LVU - Landesvereinigung
Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz

Hindenburgstraße 32
55118 Mainz
www.lvu.de

Postfach 29 66
55019 Mainz
contact@lvu.de